



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.  
im Rat der Stadt Köln**

An den  
Vorsitzenden des  
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn  
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

**AN/0642/2008**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	24.04.2008

**Vergabe städtischer Aufträge an Lohndrücker**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, künftig keine städtischen Aufträge mehr an Firmen zu vergeben, die ihren Mitarbeitern oder einem Teil ihrer Mitarbeiter für eine Vollzeittätigkeit Löhne unterhalb des Existenzminimums zahlen, so daß an diese Mitarbeiter Zuzahlungen aus den Sozialkassen nötig werden.

Begründung:

Die Stadt Köln hat in der Vergangenheit Aufträge an Firmen vergeben, die einem Teil ihrer Mitarbeiter für eine Vollzeitbeschäftigung Löhne unterhalb des Existenzminimums zahlen. Dazu gehört die Firma Jurex GmbH aus Erkelenz, die beispielsweise in Einzelfällen Nettolöhne von 800 Euro, 588 Euro und 494 Euro monatlich an Vollzeitbeschäftigte gezahlt hat. Ein Teil der Beschäftigten dieser Firma bezog Leistungen nach SGB II, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Es mag sein, daß derartige Unternehmen am Markt besonders günstige Angebote stellen können. Für die Stadt Köln ergibt sich aber aus deren Inanspruchnahme in der Summe kein wirtschaftlicher Vorteil, weil sie über die gezahlten Sozialleistungen an deren Mitarbeiter selbst für einen Ausgleich der am Arbeitslohn eingesparten Geldmittel sorgen muß.

Die Lohnpraxis derart kalkulierender Unternehmen ist menschenverachtend. Sie nutzen den von der Politik künstlich geschaffenen Angebotsüberhang geringqualifizierter

Arbeitssuchender am deutschen Arbeitsmarkt schamlos aus und wälzen einen Teil ihrer Kosten auf die öffentliche Hand ab. Die Stadt Köln erhöht durch Auftragsvergaben an solche Firmen deren Überlebensfähigkeit am Markt. Sie sollte diese sozialschädliche Vergabepraxis deshalb umgehend einstellen.

gez. Rouhs